

Vier Jahre Regierung Aznar – eine Erfolgsgeschichte in sozialer Marktwirtschaft

■ Geschichtlicher Hintergrund

Nach 40 Jahren Diktatur begann 1975 mit dem Tod Francos in Spanien eine Zeit des Umbruchs. Die Mehrheit der Spanier wollte die Demokratie als Staats- und Regierungsform. Ihre Ausgestaltung und institutionelle Organisation war jedoch Mittelpunkt der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen in den Jahren des Übergangs. Geprägt durch die Franco-Zeit waren viele Vertreter der gesellschaftlichen Eliten und ein Großteil der Bevölkerung der Meinung, Spanien habe traditionell ein zentralistisch organisiertes Staatswesen. Verwiesen wurde hierbei auf die Herrschaft der katholischen Könige im 16. Jahrhundert, die während der Diktatur als Leitbild und geschichtliche Legitimation eines zentralistischen Spanien herangezogen wurde. Führende Historiker der Neuzeit kommen jedoch zu dem Ergebnis, dass das Spanien der katholischen Könige keineswegs eine Einheit darstellte, sondern vielmehr die beiden Herrschaftsgebiete von König Ferdinand und Königin Isabella klar voneinander abgegrenzt waren. In beiden Teilen gab es ein eigenes Recht, und Beamte durften nur aus dem jeweils eigenen Reich rekrutiert werden. Ferdinand und Isabella waren auch nach ihrer Vermählung voneinander nahezu unabhängige Herrscher, deren Territorien nur durch die Ehe des Königspaares und später durch Personalunion zusammgehalten wurden.

Die Geschichte zeigt, dass Spanien ein Land vieler Regionen ist, die sich stark unterscheiden. Diese Vielfalt und der damit verbundene kulturelle und administrative Wettbewerb zwischen den *autonomen Regionen* untereinander und gegenüber Madrid war

**Spaniens Wirtschafts-
geschichte war den überwie-
genden Teil des letzten
Jahrhunderts hindurch
gekennzeichnet durch eine
dirigistische und interven-
tionistische Wirtschaftspoli-
tik. Schlüsselindustrien
befanden sich in staatlicher
Hand, und Madrid bestimmte
Produktionsmengen und
Preise wichtiger Wirt-
schaftssektoren. Erst mit
dem Beitritt des Landes zur
Europäischen Wirtschafts-
gemeinschaft 1986 begann
eine wirtschaftliche Kurs-
korrektur. Die demokrati-
schen Regierungen unter
Felipe González (1982-
1996) unternahmen vor
allem in den neunziger
Jahren wichtige Schritte zu
mehr wirtschaftlicher Frei-
heit und marktwirtschaft-
licher Steuerung. Mit der
Regierungsübernahme des
Partido Popular unter dem
Ministerpräsidenten José
María Aznar ab 1996
begannt eine wirtschafts-
und sozialpolitische Erfolgs-
geschichte. Eigenverantwortung
und Eigeninitiative,
mehr Entscheidungsfreiheit
auf unteren Ebenen (Subsi-
diarität), Unterstützung für
wirklich Bedürftige (Soli-
darität), Einbindung der
Sozialpartner in die Ent-
scheidungsprozesse waren
Leitgedanken einer am
Konzept der Sozialen**

Marktwirtschaft ausgerichtetes Wirtschaftspolitik. Die Ergebnisse können sich sehen lassen. Spanien wurde von Anfang an Mitglied der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion; die Wachstumsraten des BIP liegen über drei Prozent seit Amtsantritt; die Arbeitslosigkeit wurde um sieben Prozent reduziert; Steuerreform und aktive Mittelstandspolitik konsolidierten den selbsttragenden Aufschwung; die öffentlichen Haushalte wurden saniert und sollen ab 2001 ohne Defizit abschließen. Sorge bereiten die über dem europäischen Durchschnitt liegenden Geldentwerungsrate sowie die stark defizitäre Leistungsbilanz.

ein wesentliches Element in der Verfassungsdebatte zwischen 1975 und 1978. Das Grundgesetz von 1978 beschreibt Spanien als einen Staat mit autonomen Regionen und Gebieten mit eigener Sprache und Kultur. Es ist damit in der Verfassung gelungen, dezentrale und zentrale Elemente miteinander zu verbinden. In Teilen ist die Verfassung bewusst so allgemein formuliert, um spätere Entwicklungen in die eine oder andere Richtung nicht zu erschweren. Nachdem die autonomen Regionen im Grundgesetz von 1978 Verfassungsrang erhalten hatten und ihnen Kompetenzen zugewiesen wurden, kam es noch am 23. Februar 1981 zu einem Putschversuch durch das Militär, das ein zentralistisch verfasstes Spanien wollte. Nicht zuletzt dem Eingreifen des Königs Juan Carlos ist es zu verdanken, dass die freiheitlich-demokratische Ordnung erhalten blieb.

Aufgrund des zentralistischen Leitbildes der Franco-Zeit war der Einfluss des Staates auf die Wirtschaft groß, und Madrid bestimmte als Machtzentrum die wichtigen Entscheidungen und Rahmendaten. Die Schlüsselindustrien befanden sich fast alle in staatlichem Besitz. Das Industrieministerium war deren oberste Leitungszentrale.

Der Beitritt Spaniens zur europäischen Gemeinschaft am 1. Januar 1986 markierte einen entscheidenden Wendepunkt in der wirtschaftspolitischen Ausrichtung des Landes. Aufgrund der Einbindung in die Gemeinschaft und der damit verbundenen Nähe zur Wirtschaftspolitik anderer Mitgliedstaaten hielten auch in Spanien marktwirtschaftliche Tendenzen und Ideen verstärkten Einzug.

Unter den Regierungen von Felipe González, der mit seiner Sozialistischen Partei, dem PSOE (ab 1982 mit absoluter Mehrheit, ab 1993 mit relativer Mehrheit), 14 Jahre regierte, fanden erste Schritte in Richtung einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftspolitik statt. Vor allem am Beginn der neunziger Jahre wurde der Einfluss des Staates auf die Wirtschaft mehr und mehr zurückgedrängt. Beispiele hierfür waren sowohl die Vorbereitungen für die Privatisierung von großen Staatsbetrieben wie der Telefónica oder des Stromriesen Endesa als auch die angestrebte Konsolidierung der Staatsfinanzen. Generell kann man sagen, dass die Bemühungen um eine an Stabilität orientierte marktwirtschaftliche Wirtschaftspo-

litik unter den Regierungen von Felipe González halbherzig blieben.

Der Durchbruch und damit eine konsequente Umsetzung marktwirtschaftlichen Gedankenguts wurde erst durch den Wahlerfolg des Partido Popular mit José María Aznar am 6. März 1996 möglich. Die konservativ-christdemokratisch-liberal-bürgerliche Regierung betreibt seither eine deutliche sozialmarktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik. Die Privatisierung der Staatsbetriebe wurde zügig umgesetzt, die Konsolidierung und Sanierung der Staatsfinanzen deutlich vorangetrieben, der Arbeitsmarkt liberalisiert, die Steuern gesenkt, die Staatsquote zurückgeführt sowie der Mittelstand aktiv gefördert. Auch wird mit Beginn der zweiten Amtsperiode von Aznar im Mai 2000 das Industrieministerium abgeschafft, das neben dem Wirtschaftsministerium existierte und sich mit der Lenkung der Staatsbetriebe und der Festsetzung der Produktionsmengen und der Preise ihrer Erzeugnisse befasst hatte.

Eigenverantwortung und Eigeninitiative, mehr Entscheidungsfreiheit auf unteren Ebenen (Subsidiaritätsprinzip), Unterstützung für wirklich Bedürftige, Einbindung der Sozialpartner in die Entscheidungsprozesse sind dabei Leitgedanken des wirtschaftspolitischen Handelns.

Die Entwicklung der spanischen Wirtschaftspolitik ist vor allem in den ersten zwei Jahren der Amtszeit von José María Aznar auch vor dem Hintergrund der angestrebten Mitgliedschaft in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu sehen. Beim Regierungswechsel 1996 erfüllte das Land nur eins der fünf Maastrichter Aufnahmekriterien (langfristige Zinsen). Der richtungsweisenden, marktwirtschaftlichen Politik des Umbruchs ist es zu verdanken, dass Spanien am 1.1.1999 Gründungsmitglied des „Euroclubs“ wurde. Nur das Kriterium der Staatsverschuldung wurde nicht erfüllt.

■ Spaniens Wirtschaft zwischen 1996 und 2000 – ein selbsttragender Aufschwung

Grundlage der Analyse der spanischen Wirtschaftsentwicklung bildet das magische Viereck der Volkswirtschaft. Demnach bewegt sich die erfolgreiche

■ **Der Durchbruch und damit eine konsequente Umsetzung marktwirtschaftlichen Gedankenguts wurde erst durch den Wahlerfolg des Partido Popular mit José María Aznar am 6. März 1996 möglich.**

Wirtschaftspolitik eines Landes in einem Beziehungsgeflecht von Vollbeschäftigung, Preisniveaustabilität, Wirtschaftswachstum und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht. Die Erreichung dieser Ziele steht im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik. Die Wirkung der dafür eingesetzten Instrumente auf die angestrebten Ziele ist oft jedoch uneindeutig und gegensätzlich. Somit geht die Regierung bei ihrem wirtschaftspolitischen Maßnahmenbündel Kompromisse ein und wird dabei je nach ihrer politischen Bewertung stärkeres Gewicht auf das eine oder andere Ziel legen. In Bezug auf die ersten drei genannten Ziele hat die spanische Wirtschaft in den letzten vier Jahren erhebliche Fortschritte gemacht.

Entscheidend für die jüngste Wirtschaftsgeschichte Spaniens sind die Bemühungen zur Teilnahme an der Gemeinschaftswährung und die damit verbundenen Maastrichter Konvergenzkriterien. Diese Kriterien wurden von den europäischen Finanz- und Wirtschaftsministern verabschiedet und sollten bei Erfüllung zur Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion berechtigen. Die fünf Kriterien beziehen sich auf die Staatsverschuldung, das Haushaltsdefizit, die Inflationsrate, die langfristigen Zinsen sowie die Mitgliedschaft im Europäischen Währungssystem (EWS). Als Referenzjahr für die Erfüllung wurde 1997 festgelegt. Der Regierung Aznar und dem Wirtschaftsminister Rodrigo Rato blieben somit nur knapp zwei Jahre, um die nötigen Korrekturen in der Wirtschaftspolitik vorzunehmen.

Die positive Entwicklung der spanischen Wirtschaft und die damit verbundene Aufnahme in die Wirtschafts- und Währungsunion kam für viele überraschend. 1996 hatte kaum jemand ernsthaft mit einer frühzeitigen Teilnahme Spaniens gerechnet. Das Kriterium der Staatsverschuldung von max. 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukt (BIP) wurde mit 64,9 Prozent zwar nicht erfüllt; trotzdem gab es auch in diesem Bereich erhebliche Fortschritte. Im Vergleich liegt die Verschuldungsquote weit unter der von anderen Mitgliedsländern des „Euroclubs“ wie Belgien und Italien.

Nach einer Umfrage der Tageszeitung *El País* stehen 96,5 Prozent der spanischen Unternehmer der Einführung des Euro positiv gegenüber. Im Gegensatz zur Deutschen Mark hat die Pesete keine ähnli-

■ **Nach einer Umfrage der Tageszeitung *El País* stehen 96,5 Prozent der spanischen Unternehmer der Einführung des Euro positiv gegenüber.**

che Tradition der Stabilität. Die spanische Bevölkerung verbindet mit ihrer Währung vielmehr eine hohe Inflation und ständige Abwertungen. Die Ablösung der Pesete durch den Euro, dessen Stabilität durch die Europäische Zentralbank (EZB) garantiert wird, die sich in ihren Kompetenzregelungen an dem Vorbild der Deutschen Bundesbank orientiert, fällt somit leicht. Die Mitgliedschaft Spaniens in der Wirtschafts- und Währungsunion führte zu einem weiteren Anstieg des Konsumentenvertrauens und damit des privaten Konsums; innenpolitisch war es ein großer Erfolg für Aznar.

■ Lage auf dem Arbeitsmarkt

Von einigen als „Jobwunder“ bezeichnet, hat sich die Situation auf dem spanischen Arbeitsmarkt in den letzten Jahren entscheidend verbessert. Seit 1994 hat sich diese Entwicklung kontinuierlich beschleunigt. Seit dem Amtsantritt von José María Aznar wurden in Spanien weit mehr als eine Million neuer Arbeitsplätze geschaffen. Zwischen 1996 und 1999 trug das Land mit fast einem Viertel aller neuen Beschäftigungsverhältnisse zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme in den EU-Mitgliedstaaten bei.

Bei der Arbeitslosenquote muss man unterscheiden zwischen der Erhebung der spanischen Regierung und der Berechnung des europäischen Statistikamtes Eurostat. Gemäß den spanischen Werten lag die Arbeitslosenquote 1999 bei knapp über zehn Prozent, und damit nur um 0,6 Prozent über dem europäischen Durchschnitt. Das Eurostat ermittelte für den gleichen Zeitraum eine Quote von 15,9 Prozent. In Spanien wird bei der Berechnung von den registrierten Arbeitslosen, im Verhältnis zu den erwerbsfähigen Personen ausgegangen. Das Eurostat orientiert sich an den Richtlinien des IAA (Internationales Arbeitsamt) für Arbeitslosigkeit, demzufolge eine Person arbeitslos ist, wenn sie in der Woche der Erhebung keine Arbeit hat, innerhalb der nächsten zwei Wochen eine Arbeit aufnehmen kann und in den letzten vier Wochen aktiv eine Beschäftigung gesucht hat. Die Angaben des Eurostat, die im Folgenden verwendet werden, basieren auf der gemeinschaftlichen Arbeitskräfteerhebung, die im

■ Seit dem Amtsantritt von José María Aznar wurden in Spanien weit mehr als eine Million neuer Arbeitsplätze geschaffen. Zwischen 1996 und 1999 trug das Land mit fast einem Viertel aller neuen Beschäftigungsverhältnisse zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme in den EU-Mitgliedstaaten bei.

Frühjahr jeden Jahres in der Europäischen Union durchgeführt wird.

Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist auch auf die prosperierende spanische Wirtschaft zurückzuführen. Einen entscheidenden Beitrag hat allerdings die Arbeitsmarktreform vom 28. April 1997 geleistet sowie die moderaten Lohn- und Gehaltsabschlüsse der letzten Jahre, die durch die Tarifpartner vereinbart wurden.

■ **Die Reform des Arbeitsmarktes wurde unter anderem aufgrund des geschickten Umgangs des spanischen Arbeitsministers Javier Arenas mit den Sozialpartnern möglich.**

Die Reform des Arbeitsmarktes wurde unter anderem aufgrund des geschickten Umgangs des spanischen Arbeitsministers Javier Arenas mit den Sozialpartnern möglich. Die Verhandlungen im Vorfeld wurden in diskreter Art und Weise geführt. Gewerkschaften und Arbeitgeber fühlten sich nicht vorgeführt, wie dies oft in der Vergangenheit der Fall gewesen war. Das Verhältnis der Tarifpartner zur PP-Regierung ist heute besser und vertrauenswürdiger als zur Zeit der sozialistischen Vorgängerregierungen von Felipe González. In der letzten Legislaturperiode hat es beispielsweise keinen Generalstreik gegeben.

Durch die Arbeitsmarktreform von 1997 wurde die Umwandlung von befristeten Arbeitsverträgen in unbefristete unterstützt, sowie die Konditionen für Zeitverträge erheblich verbessert. Der Eintritt von Arbeitslosen in das Berufsleben wurde durch diese neuen Zeitverträge erheblich erleichtert. Der Anteil der unbefristeten Arbeitsverhältnisse an allen registrierten Arbeitsverträgen hat kontinuierlich zugenommen. Trotzdem bleibt die Quote der befristeten Arbeitsverhältnisse mit einem Prozentsatz von etwa 30 Prozent vergleichsweise hoch.

Besonders positiv ist die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit, die weitaus stärker gesunken ist als die Gesamtarbeitslosigkeit. 1996 betrug die Quote der Jugendlichen ohne Beschäftigung noch 42 Prozent, während sie im Jahre 1999 schon unter 29 Prozent lag.

Der Anteil der Frauen an der erwerbstätigen Bevölkerung ist in der letzten Legislaturperiode stark angestiegen. Im jährlichen Vergleich haben jeweils mehr Frauen als Männer eine neue Beschäftigung gefunden. In dieser Entwicklung zeigt sich eine Abwendung vom traditionellen Rollenbild der Frau, das in Spanien nach wie vor stark ausgeprägt ist.

Ohne Quote sind im Partido Popular Frauen mit einem Anteil von 30 Prozent in Spitzenämtern gut repräsentiert. Zum erstenmal in der demokratischen Geschichte des Landes stehen in dieser Legislaturperiode mit Esperanza Aguirre und Luisa Fernanda Rudí beiden Kammern der Legislative (Senat und Kongress) Frauen als Präsidentinnen vor.

Positiv zu bewerten ist weiterhin, dass mehr als 60 Prozent der Berufstätigen im Bereich der Dienstleistungen arbeiten und somit der Arbeitsmarkt den Notwendigkeiten von Volkswirtschaften im Informationszeitalter angepasst scheint.

Aufgrund dieser erfreulichen Entwicklung ist die Anzahl der Beitragszahler in den staatlichen Sozialversicherungen stetig angestiegen. Viele Selbständige sind in den letzten Jahren freiwillig in die Sozialversicherung eingetreten, so dass die Zahl der neuen Mitglieder die der neuen, abhängig Beschäftigten übertrifft. Diesem starken Mitgliederzuwachs – alleine in den ersten drei Quartalen 1999 war ein Zuwachs von rund 753 000 Mitgliedern zu verzeichnen – ist es zu verdanken, dass die Sozialversicherungsträger nicht mehr defizitär sind und ohne Subventionen aus dem allgemeinen Staatshaushalt auskommen.

Im Vergleich zu den anderen EU-Mitgliedstaaten hat Spanien nach Berechnungen des Eurostat noch immer die höchste Arbeitslosenquote mit 15,9 Prozent, während der Durchschnitt der EU-Staaten 1999 bei circa zehn Prozent lag. Weiterhin gibt es starke regionale Unterschiede, beispielsweise zwischen Andalusien (über 26 Prozent) und Katalonien (unter zehn Prozent). Grund hierfür ist u.a. die geringe Mobilität der Spanier. Weniger als einer von vier Arbeitnehmern, so ein Bericht der OECD über die spanische Wirtschaft im Jahre 1999, würde für einen Arbeitsplatz umziehen.

■ Entwicklung der Inflation

Die Inflation ist in den neunziger Jahren deutlich gesunken und verzeichnete 1998 den niedrigsten Stand seit dem demokratischen Neubeginn des Landes. Im Vergleich verbleibt die Steigerung des allgemeinen Preisniveaus dennoch über dem Durchschnitt der europäischen Staaten und ist nach dem Rekordtief 1998 wieder leicht angestiegen. 1999

■ Die Inflation ist in den neunziger Jahren deutlich gesunken und verzeichnete 1998 den niedrigsten Stand seit dem demokratischen Neubeginn des Landes.

betrug die Inflationsrate nach Berechnungen des spanischen Statistikamtes 2,9 Prozent und lag damit über der von Deutschland und Frankreich mit etwas über einem Prozent.

Die überdurchschnittliche Inflationsrate ist nicht mit steigenden Löhnen und Gehältern zu erklären. In der Privatwirtschaft wurden auf der Ebene der Tarifpartner moderate Lohn- und Gehaltssteigerungen vereinbart, die sich am Produktivitätszuwachs orientierten. Im öffentlichen Sektor konnte die Regierung – im Einvernehmen mit den Gewerkschaften – die Bezüge der Beamten unter der Inflationsrate halten, so dass die öffentlichen Bediensteten in den letzten Jahren einen realen Einkommensverlust hinnehmen mussten. Von offizieller Seite wird die überdurchschnittliche Preissteigerungsrate auf drei wesentliche Faktoren zurückgeführt. Erstens sind die Preise für Rohstoffe, insbesondere für Mineralöl, stark angestiegen. Zweitens hat der Euro gegenüber dem Dollar eine starke Abwertung erfahren. Diese beiden Aspekte haben zu einer erheblichen Verteuerung der Importe geführt. Dies gilt für alle europäischen Länder. Vor dem Hintergrund eines überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums in Spanien und damit auch einer überdurchschnittlichen Erhöhung der Importe wirkt sich diese Entwicklung hier aber verstärkt auf die Inflation aus. Als dritter Grund wird die stark angestiegene Nachfrage nach Fremdenverkehrsleistungen angeführt. Verursacht im Frühjahr 1999 durch die Lage im ehemaligen Jugoslawien sowie der Drohung der PKK im Frühsommer desselben Jahres, Anschläge auf Touristenziele in der Türkei zu unternehmen, stieg die Attraktivität Spaniens als Urlaubsland noch einmal sprunghaft an und der Zustrom von Touristen nahm erheblich zu. Nach Frankreich ist Spanien heute noch vor den USA das beliebteste Urlaubsland. Die Erhöhung der Nachfrage nach touristischen Dienstleistungen hat in diesem Sektor zu einer überdurchschnittlichen Preissteigerung geführt.

■ **Die Gefahr einer schleichenden Geldentwertung ist für die Zukunft nicht von der Hand zu weisen und erfordert uneingeschränkte Aufmerksamkeit von Seiten der Regierung, der spanischen Notenbank (Banco de España), sowie der EZB.**

Die Gefahr einer schleichenden Geldentwertung ist für die Zukunft nicht von der Hand zu weisen und erfordert uneingeschränkte Aufmerksamkeit von Seiten der Regierung, der spanischen Notenbank (Banco de España), sowie der EZB. Die Zinssenkungsschritte der letzten Jahre durch die EZB haben

die Tendenz der Geldentwertung auf der iberischen Halbinsel eher verstärkt.

■ Nachhaltiges Wirtschaftswachstum

Vier Jahre in Folge kann Spanien nun schon ein Wirtschaftswachstum von mehr als 3,5 Prozent verzeichnen und liegt damit deutlich über dem Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten. Die Prognosen für die nächsten zwei Jahren sind positiv. Nach einer jüngst veröffentlichten Studie des IWF wird das wirtschaftliche Wachstum in Spanien weiter anhalten und sich überdurchschnittlich entwickeln. Spanische Wirtschaftsforschungsinstitute gehen für das laufende Jahr von einem realen Wirtschaftswachstum von über fünf Prozent aus.

Motor des Wirtschaftswachstums waren in den Jahren 1995 und 1996 die Exportindustrie und der Fremdenverkehrssektor. Im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten, z.B. Deutschland, hat sich diese Entwicklung schnell auf die Binnennachfrage und den privaten Konsum übertragen. Dieser bildet heute die Stütze der spanischen Konjunktur. Das Vertrauen der Spanier in die wirtschaftliche Entwicklung ist sehr groß und die Konsumausgaben steigen stetig an. Besondere Impulse sind in diesem Zusammenhang erstens von der Einführung des Euro und zweitens von der spanischen Steuerreform 1998 ausgegangen. Diese Reform hat unter anderem den Spitzensteuersatz von 56 auf 48 Prozent gesenkt sowie den Eingangssteuersatz von 20 auf 18 Prozent reduziert. Weitere Steuersenkungen stehen bevor.

Auch das Vertrauen ausländischer Investoren in die spanische Wirtschaft hat zugenommen. Betrugen die ausländischen Investitionen in Spanien 1995 noch 1,2 Prozent des BIP, lag dieser Wert 1999 – bei einem stark gestiegenen BIP – schon bei zwei Prozent.

Die Börse, traditionell ein guter Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes, sowie das Vertrauen der Märkte in die Zukunft zeigten ebenfalls eindrucksvoll die gute Performance der spanischen Wirtschaft. Von 1997 bis heute konnte sich der MIBTEL, der mit dem DAX vergleichbar ist, mehr als verdoppeln. Selbst die massive Privatisierungswelle und die damit verbundene Liquiditätsbindung auf den Kapitalmärkten hatte keine negativen Aus-

■ **Motor des Wirtschaftswachstums waren in den Jahren 1995 und 1996 die Exportindustrie und der Fremdenverkehrssektor. Im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten, z.B. Deutschland, hat sich diese Entwicklung schnell auf die Binnennachfrage und den privaten Konsum übertragen.**

wirkungen. Allein im Zuge der Lateinamerikakrise kam es zwischenzeitlich zu deutlichen Kursverlusten. Die spanischen Unternehmen sind in dieser Region mittlerweile die größten Investoren nach den USA und damit auch von der Entwicklung in Lateinamerika besonders abhängig.

Im Zusammenhang mit den guten wirtschaftlichen Rahmendaten sind die Reduzierung der Staatsverschuldung und die Privatisierungsbemühungen der Regierung von zentraler Bedeutung.

Das Haushaltsdefizit konnte von 6,9 Prozent 1995 auf jetzt (1999) 1,1 Prozent gesenkt werden. Dieses Jahr soll der Wert weiter auf 0,8 Prozent gesenkt werden. Für das Jahr 2001 hat Aznar in seiner Regierungserklärung Anfang Mai diesen Jahres einen ausgeglichenen Haushalt versprochen.

Die Staatsverschuldung betrug 1999 63,5 Prozent des BIP und liegt damit unter dem Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten. Von 1996 bis 1999 konnte die Staatsverschuldung unter Wirtschaftsminister Rodrigo Rato um 4,5 Prozentpunkte gesenkt werden. Für dieses Jahr wird die Zinslast für die Staatsverschuldung auf etwa 16,5 Milliarden Euro geschätzt und wird damit etwa neun Prozent des Staatshaushalts entsprechen. 80 Prozent der Reduzierung des Haushaltsdefizits sowie der Staatsverschuldung sind nach Ansicht der Regierung auf Sparmaßnahmen bzw. Privatisierungserlöse zurückzuführen und circa 20 Prozent auf gestiegene Steuereinnahmen. Die Sparpolitik der Regierung hat unter anderem dazu beigetragen, dass sich das Zinsniveau in Spanien reduzierte und sich damit dem der anderen EU-Mitgliedstaaten angeglichen hat. Die Investitionen der Privatwirtschaft und der privaten Haushalte – insbesondere in Wohnungseigentum – werden aufgrund der niedrigen Kreditzinsen begünstigt.

Wesentlichen Anteil an dem Abbau der Staatsverschuldung bzw. der Reduzierung des Haushaltsdefizites haben die Privatisierungserfolge. Teilweise als die ehrgeizigsten Bemühungen in Europa bezeichnet, ist die Privatisierung von Staatsbetrieben während der ersten PP-Legislaturperiode deutlich vorangetrieben worden. Die treibende Kraft waren die Maastrichter Konvergenzkriterien, denn gerade in Bezug auf die Verbesserung der Staatsfinanzen konnten die Privatisierungserlöse sinnvoll eingesetzt wer-

■ **Wesentlichen Anteil an dem Abbau der Staatsverschuldung bzw. der Reduzierung des Haushaltsdefizites haben die Privatisierungserfolge. Teilweise als die ehrgeizigsten Bemühungen in Europa bezeichnet, ist die Privatisierung von Staatsbetrieben während der ersten PP-Legislaturperiode deutlich vorangetrieben worden.**

den. Darüber hinaus wird der öffentliche Haushalt auch in den Jahren nach der Privatisierung entlastet, da die defizitären Unternehmen nicht mehr aus dem Staatshaushalt subventioniert werden müssen und bei Gewinnentwicklung der privatisierten Unternehmen sich Steuereinnahmen einstellen. Privatisierungsbe-mühungen sind aber nicht ein reines Finanzierungsinstrument. Der Verkauf von Staatsbetrieben erhöht in den einzelnen Branchen den Wettbewerb, zerschlägt Monopole und Oligopole, schafft neuen Freiraum für privates wirtschaftliches Handeln und führt zu einer Steigerung der Produktivität. Die Privatisierung von Staatsbetrieben ist damit ein wesentliches Element des marktwirtschaftlichen Verständnisses der spanischen Regierung.

Zwischen 1996 und 2000 wurden unter anderem Firmen wie die Telefongesellschaft Telefónica, der Stromkonzern Endesa, der Ölkonzern Repsol und der Rundfunk- und Fernsehbetreiber Retevisión, um nur einige zu nennen, ganz oder teilweise privatisiert. Allein durch die Platzierung der restlichen 21 Prozent der Aktien der Telefónica im Jahre 1997 konnte ein Erlös von mehr als 3,5 Milliarden Euro erzielt werden, wobei mehr als die Hälfte für die staatliche Schuldentilgung verwendet wurde. Die anderen 79 Prozent der Telefónicaaktien waren schon früher privaten Anlegern angeboten worden. In den sechziger Jahren wurde noch unter dem Franco-Regime eine erste Tranche begeben. Insgesamt konnten durch die Privatisierung von Staatsbetrieben alleine in den Jahren 1997 und 1998, in denen die größten Vorhaben realisiert wurden, jeweils mehr als 11,5 Milliarden Euro eingenommen werden, was einem Anteil von jeweils etwa 2,6 Prozent am BIP entspricht.

Nachholbedarf besteht auf dem Strommarkt, da hier bisher nur geringer Wettbewerb herrscht und die spanischen Strompreise mit die höchsten der OECD-Staaten sind. Die Öffnung des Marktes soll in diesem Sektor künftig vorangetrieben werden.

Einen wesentlichen Anteil am spanischen Aufschwung haben auch die Mittel der EU, insbesondere die Gelder aus dem Kohäsionsfond und den Regionalfonds. In den vergangenen Jahren sind aus Brüssel jährlich etwa fünf Milliarden Euro für Projekte nach Spanien geflossen. Unterstützt werden vor allem Infrastrukturmaßnahmen und Umweltschutzpro-

■ **Einen wesentlichen Anteil am spanischen Aufschwung haben auch die Mittel der EU, insbesondere die Gelder aus dem Kohäsionsfond und den Regionalfonds.**

jekte, aber auch die Weiterbildung von spanischen Arbeitskräften sowie die Gründung und Beratung kleiner und mittelständischer Betriebe. Die spanische Seite drängt entschieden auf die Weiterzahlung der Mittel. Bei dem Zusammentreffen der europäischen Staats- und Regierungschefs auf dem Berliner EU-Gipfel 1999 konnte Aznar die Zahlungen aus den europäischen Fonds bis 2006 für sein Land sichern. Innenpolitisch wird ihm dieser Erfolg hoch angerechnet. Spanien wird zwischen 2000 und 2006 etwa 40 Milliarden Euro aus Mitteln der EU erhalten, sowie aus dem eigenen Haushalt weitere 70 Milliarden Euro in die Infrastruktur, den Umweltschutz und den privaten Sektor investieren und somit das Land weiter modernisieren.

■ Außenwirtschaftliches Gleichgewicht

■ Probleme bereitet Spanien das Außenhandelsdefizit, das 1999 27,5 Milliarden Euro betrug und damit knapp sechs Prozent des BIP ausmachte. Aus diesem Grund ist 1999 die Leistungsbilanz insgesamt, trotz der Rekordeinnahmen aus dem Tourismus, verstärkt ins Minus geraten.

Probleme bereitet Spanien das Außenhandelsdefizit, das 1999 27,5 Milliarden Euro betrug und damit knapp sechs Prozent des BIP ausmachte. Aus diesem Grund ist 1999 die Leistungsbilanz insgesamt, trotz der Rekordeinnahmen aus dem Tourismus, verstärkt ins Minus geraten. Sowohl die Investitionen Spaniens im Ausland als auch die Investitionen des Auslandes in Spanien sind seit 1996 um mehr als 40 Prozent gestiegen. Im jährlichen Vergleich investiert das Ausland mehr in Spanien als Spanien im Ausland. Dieser positive Saldo der Kapitalverkehrsbilanz hat seit 1996 ebenfalls stetig zugenommen. Dies ist Ausdruck für das gestiegene Vertrauen der internationalen Anleger in die solide wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Der Anstieg der Investitionen Spaniens im Ausland ist vor allem auf das verstärkte Engagement spanischer Unternehmen in Lateinamerika zurückzuführen.

■ Regierungserklärung – ehrgeizige Ziele

Die guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren der entscheidende Grund für den jüngsten Wahlerfolg des Partido Popular. Aznar und seiner Partei ist es gelungen, die absolute Mehrheit zu erreichen. Am 26. April wurde José María Aznar zum zweiten Mal zum Regierungschef gewählt. Einen Tag

vorher stellte er das Regierungsprogramm für die kommende Legislaturperiode vor.

Im Wirtschaftssektor soll der marktwirtschaftliche Kurs fortgesetzt und ausgeweitet werden. Wirtschaftsminister bleibt Rodrigo Rato. Basierend auf der guten wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen Legislaturperiode hat der Ministerpräsident sich und seinem Kabinett ehrgeizige Ziele gesetzt.

Besondere Bedeutung wird weiterhin der Lage auf dem Arbeitsmarkt beigemessen. Die Liberalisierung wird fortgesetzt. Noch in diesem Jahr sollen knapp 400 000 neue Stellen geschaffen werden, bis 2010 kann nach Meinung von Aznar die Vollbeschäftigung erreicht werden. Möglichkeiten, freiwillig länger im Berufsleben zu bleiben, sollen eröffnet werden. Der Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt ist zu erleichtern. Auch der immer noch relativ hohe Anteil von befristeten Arbeitsverträgen (30 Prozent) soll verringert werden.

Für 2001, ein Jahr früher als bisher geplant, verspricht Aznar einen ausgeglichen Haushalt. Die Inflation soll gesenkt werden. Weiterhin wird die Reduzierung des Staatsanteils am BIP auf unter 40 Prozent angestrebt, bei gleichzeitiger Erhöhung von Transferzahlungen an bedürftige Bevölkerungsgruppen.

Jährlich zwei Prozent des BIP wird die Regierung in Forschung und Entwicklung investieren. Das neu geschaffene Ministerium für Wissenschaft und Technologie, mit Ana Birulés an der Spitze, koordiniert künftig diese Ausgaben und soll die Anpassung Spaniens an das Informationszeitalter unterstützend begleiten.

Die Politik der Privatisierung und Deregulierung wird nach Aussagen von Aznar weiter fortgesetzt. Die Liberalisierung auf dem Strommarkt ist dabei prioritär; alle Privathaushalte sollen künftig ihren Stromanbieter selber wählen können. Das Monopol im Erdgassektor wird aufgehoben. Noch ganz oder teilweise im Staatsbesitz befindliche Unternehmen, wie die Fluggesellschaft Iberia, das Eisenbahnunternehmen Renfe, die staatliche Fernseh- und Rundfunkanstalt RTVE und die Flughäfen werden soweit wie möglich verkauft und privatisiert. Weiterhin hat Aznar angekündigt, die Wettbewerbsaufsicht zu stärken, um Monopol- und Oligopolbildungen durch Fusionen in Zeiten der Globalisierung entgegenzutreten.

■ **Besondere Bedeutung wird weiterhin der Lage auf dem Arbeitsmarkt beigemessen. Die Liberalisierung wird fortgesetzt. Noch in diesem Jahr sollen knapp 400 000 neue Stellen geschaffen werden, bis 2010 kann nach Meinung von Aznar die Vollbeschäftigung erreicht werden.**

Die Politik der Steuersenkungen sowohl für die privaten Haushalte als auch für die Unternehmen wird fortgesetzt. Unternehmensgründer erhalten für die ersten zwei Jahre eine Steuerstundung.

Im Bereich der Infrastruktur sollen Hochgeschwindigkeitstraßen geschaffen werden, die es ermöglichen, von jeder Provinzhauptstadt in weniger als vier Stunden Madrid zu erreichen. Das Straßennetz wird komplettiert. Im Bereich der Wasser- und Forstwirtschaft soll ein umfassend ausgearbeiteter Plan für effiziente, umweltgerechte und zukunftsweisende Investitionen sorgen.

Ein neuer horizontaler und vertikaler Finanzausgleich ist ein weiteres Anliegen der Regierung. Die Zuständigkeiten sollen eindeutig geregelt und dadurch transparenter und effizienter – gemäß dem Subsidiaritätsprinzip – gestaltet werden.

Mit dieser Regierungserklärung unterstreicht José María Aznar die sozial-marktwirtschaftliche Ausrichtung seiner Politik eindrucksvoll. Bei der wirtschaftlichen Entwicklung Spaniens am Beginn des neuen Jahrtausends wird auf die Kräfte der Märkte und das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft vertraut. Mit einer konsequenten Umsetzung dieses Programmes wird der Anschluss Spaniens an die führenden Wirtschaftsnationen in Europa gelingen.

Bei einer ähnlich konsequenten Wirtschaftspolitik im gesamten Gebiet der Wirtschafts- und Währungsunion hätte Herr Duisenberg keinen Anlass, eine Pressekonferenz zur momentanen Schwäche des Euro zu veranstalten.